

## **Nach Solingen: SPD fordert entschlossene Maßnahmen gegen Terror und Gewalt**

Sebastian Fiedler (SPD) fordert verstärkte Terrorbekämpfung und ein Messertrageverbot nach dem Anschlag in Solingen.

Bonn (ots) – Im Schatten des erschütternden Terroranschlags in Solingen am 26. August 2024 sieht sich Deutschland mit einer ernststen Gefährdung konfrontiert. Der Bundestagsabgeordnete und Innenexperte der SPD, Sebastian Fiedler, äußerte sich in einem Interview mit dem Fernsehsender phoenix und stellte unmissverständlich klar, dass die Bekämpfung des Terrorismus nun oberste Priorität haben muss. Fiedler warnte davor, dass politische Streitigkeiten in der aktuellen Situation deplaziert seien. Er forderte ein Miteinander der demokratischen Parteien und betonte die Dringlichkeit, effektive Lösungen für diese bedrohliche Lage zu finden.

„Die Leute dürfen erwarten, dass wir bei solch fürchterlichen Ereignissen nicht politische Scharmützel in der Öffentlichkeit austragen“, so Fiedler über die Notwendigkeit eines einheitlichen politischen Frontes gegen den Terror. Er sieht die Diskussionen über Asylpolitik als momentan irrelevant an, obwohl er anerkennt, dass Reformen in diesem Bereich unerlässlich sind. Fiedler macht deutlich, dass die Wiedererstarkung des Islamischen Staates (IS) große Sorgen bereitet. Dieser sei weiterhin in der Lage, Menschen zu radikalieren und dazu zu animieren, ihre widerlichen Taten mittels digitaler Plattformen zu propagieren. „Da liegen unsere eigentlichen Hausaufgaben“, stellt er fest und hebt die

Notwendigkeit hervor, den Sicherheitsbehörden erweiterte Befugnisse zu gewähren.

## **Risiko in Deutschland**

Fiedler verwies auf die alarmierenden Entwicklungen in Europa, wo Fachleute eine spürbare Zunahme von Anschlagsplänen festgestellt haben, die jedoch oft im Keim erstickt wurden. Der Anschlag in Solingen, der das politische Klima aufrüttelt, ist ein eindrückliches Beispiel für die Gefahren, die im Land lauern. „Das zeigt, wie groß die ganze Zeit schon das Risiko in Deutschland gewesen ist“, erklärte der SPD-Politiker. Er wies darauf hin, dass die Bevölkerung ein Recht darauf hat, sich auf gut ausgestattete und funktionierende Sicherheitsbehörden verlassen zu können.

Während Fiedler auf die Notwendigkeit einer Optimierung der Sicherheitsmaßnahmen hinwies, legte er auch besonderen Fokus auf die steigende Messerkriminalität in Deutschland. Diesbezüglich forderte er ein sofortiges Messertrageverbot im öffentlichen Raum, das nur in wenigen Ausnahmen gelten sollte. Berichte über Jugendliche, die Messer mit sich führen, sorgen für große Besorgnis. Fiedler appellierte an die Notwendigkeit, diesem Trend entschieden entgegenzutreten, um die Sicherheit aller Bürger zu gewährleisten. „Wir brauchen im öffentlichen Raum ein Messertrageverbot“, betonte er und forderte somit eine rasche Reaktion der Politik.

Die aktuellen Diskussionen um die Sicherheitsgesetze und Regelungen sind von zentraler Bedeutung. Fiedler hob die Dringlichkeit von effektiven Maßnahmen hervor, um ein stabiles Sicherheitsumfeld zu schaffen. In Zeiten, in denen die Bedrohung durch den Terrorismus spürbar zunimmt, wird deutlich, dass die Sicherheitsbehörden nicht nur die Befugnisse, sondern auch die Ressourcen benötigen, um den Herausforderungen gewachsen zu sein. Die jüngsten Ereignisse könnten als Wendepunkt gesehen werden, an dem dringend erforderliche politische Maßnahmen und gesellschaftliche

Veränderungen ins Rollen gebracht werden müssen.

## **Dringlichkeit von Maßnahmen**

Die aktuelle Situation ist ein Aufruf zur Handlung. Politische Akteure wie Fiedler betonen die Wichtigkeit, aus den tragischen Erlebnissen zu lernen und nicht nur reaktive, sondern proaktive Maßnahmen zu ergreifen. Die Gesellschaft muss zusammenstehen, um die richtigen Schritte in der Terrorbekämpfung und der Verbrechensprävention zu gehen. Es bleibt zu hoffen, dass der öffentliche Druck auf die Politik zu echten Fortschritten und einer signifikanten Verbesserung der Sicherheitslage führen wird. Ein starkes und gut funktionierendes Sicherheitsumfeld ist für die Bürger eine Grundvoraussetzung für Vertrauen in den Staat und die öffentliche Ordnung.

## **Hintergrundinformationen zur Terrorismusbekämpfung in Deutschland**

Die Bekämpfung des Terrorismus in Deutschland steht seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie den islamistisch motivierten Anschlägen in den letzten Jahren im Zentrum der politischen Diskussion. Diese Risiken haben neue sicherheitspolitische Herausforderungen geschaffen, die die Bundesrepublik zwingen, ihre Strategien ständig anzupassen. Die Sicherheitslage wurde durch die Rückkehr von Kämpfern aus Konfliktgebieten wie Syrien und dem Irak weiter verschärft. Laut dem Bundeskriminalamt sind in den letzten Jahren zahlreiche Planungen von Anschlägen aufgedeckt worden, was die Bedrohung für die Bevölkerung verdeutlicht.

Im Jahr 2022 verzeichnete das Bundeskriminalamt insgesamt 1.180 islamistische Straftaten, was einen Anstieg im Vergleich zu vorangegangenen Jahren darstellt. Diese Zahlen verdeutlichen die schleichende Gefahr, die von extremistischen Gruppierungen ausgeht. Die Debatte über die Befugnisse der

Sicherheitsbehörden und die Notwendigkeit einer steigenden Sicherheitspräsenz im öffentlichen Raum sind demnach nicht nur politisch motiviert, sondern beruhen auf fakta-gestützten Analysen.

## **Statistiken zur Kriminalität in Deutschland**

Aktuelle Daten zur Kriminalität in Deutschland zeigen einen besorgniserregenden Trend bei der Messerkriminalität. Laut einer Statistik des Bundeskriminalamts ist die Zahl der mit Messern begangenen Straftaten im Jahr 2023 um 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Insbesondere unter Jugendlichen wird der Besitz von Messern immer häufiger dokumentiert. Dies wirft Fragen über die Sicherheit in Schulen und öffentlichen Einrichtungen auf. Sicherheitsbehörden und Bildungseinrichtungen stehen hier in der Verantwortung, präventive Maßnahmen zu implementieren, um diese gefährlichen Trends einzudämmen.

Außerdem gibt es Berichte über einen Anstieg von 15 Prozent bei den erfassten Fällen von versuchten oder vollendeten Mordes mit Klingenwaffen im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021. Diese Statistiken belegen die Dringlichkeit der Maßnahmen, die Sebastian Fiedler und andere Politiker fordern, um den öffentlichen Raum sicherer zu gestalten und das Risiko von Gewaltverbrechen zu minimieren.

Für weitere Informationen zu Statistiken und Daten zur Kriminalität in Deutschland, besuchen Sie die Webseite des **Bundeskriminalamtes**.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**